Niederschrift

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am Montag, den 25.02.2013 um 17:00 Uhr in der KGS Lindenbaum, Kaiserstr. 39.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Ingrid Bartholomäus	stellvertretende Vorsitzende

Ausschussmitglieder

Jutta Eifer
Renate Greif
Klaus Haselhoff
Erni Huckenbeck
Annette Pizzato
Björn Rimroth
Michaela Strukmeier
Annette Verhees
Gudrun Weber
Harald Weiss

Beratende Mitglieder

Eberhard Wolff

Vertreter

Armin Barg	Vertretung für Frau Marina Müller
Olaf Jung	Vertretung für Herrn Thomas Lorenz

Bürgermeister

Dr. Josef Korsten

von der Verwaltung

Ute Butz	
Volker Grossmann	zu TOP 4

Schriftführer

Sönke Eichner

Gäste

Schulrätin Ulla Barth

es fehlt:

Vorsitzende(r)

Thomas Lorenz

Ausschussmitglieder

Marina Müller

Beratende Mitglieder
Kaya Anil
Inge Zieschang

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1.	Niederschrift über die 9. Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 26.11.2012 (öffentlicher Teil)	
2.	Inklusion in Schulen - Bericht durch Frau Barth (Schulamt)	IV/0336/2013
3.	Sekundarschule - Bericht der Verwaltung über den aktuellen Sachstand und den Arbeitskreis	IV/0337/2013
4.	Medienentwicklungsplan - Antrag der AL-Fraktion vom 27.01.2013, sowie Bericht der Verwaltung	AN/0124/2013
5.	Haushalt 2013 - 2016	BV/0437/2013
6.	Mitteilungen und Fragen	

Die Vorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder. Nachdem sie nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit festgestellt hat, eröffnet sie die Sitzung.

Die Ausschussvorsitzende führt aus, dass der TOP 5 „Haushalt 2013 -2016“ von der Tagesordnung gestrichen worden ist und separat in einer Sondersitzung am Mittwoch, 06.03.2012 behandelt wird. Herr Haselhoff fragt nach dem Beginn der Sitzung und merkt an, dass für viele Ausschussmitglieder die Teilnahme an Sitzungen um 16:00 Uhr schwer möglich ist. Herr Dr. Korsten erwidert, dass der Wunsch nach separaten Sitzungen zum Haushalt von Seiten der Kommunalpolitik gekommen ist und alle Sitzungen vor dem Hauptausschuss terminiert werden mussten. Daher musste auch ein Sitzungsbeginn um 16:00 Uhr in Kauf genommen werden.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 9. Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 26.11.2012 (öffentlicher Teil)

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift über die 9. Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 26.11.2012 einstimmig.

2. Inklusion in Schulen - Bericht durch Frau Barth (Schulamt) IV/0336/2013

Die zuständige Schulrätin Frau Ulla Barth, gleichzeitig auch Inklusionsgeneralistin, erläutert ausführlich den TOP und ihren Vortrag. Dieser ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.
Frau Strukmeier begrüßt grundsätzlich den Inklusionsgedanken und weist darauf hin, dass Inklusion sich nicht nur auf Behinderte beschränkt, sondern jeder das Recht auf eine individuelle Förderung hat.
Frau Huckenbeck fragt nach, ob bei der Diskussion um Inklusion die Klassengrößen berücksichtigt worden sind. Bei zu großen Klassen sieht sie keine Chance auf individuelle Förderung. Frau Barth verneint dies. Des Weiteren fragt Frau Huckenbeck an, ob zu jedem individuellen Förderschwerpunkt auch eine auf dieses Problem geschulte Lehrkraft zur Verfügung steht. Frau Barth verneint dies und führt aus, dass Sonderpädagogen alle diese Bereiche abdecken.
Frau Greif führt aus, sprachlos über die Vorgehensweise der Landesregierung zu sein und merkt an, dass es auch einen Elternwunsch nach einer Förderschule vor Ort gibt. Frau Barth erwidert, dass sie den Elternwillen immer noch als sehr hohes Gut ansieht, verweist aber noch einmal auf die Chancen der Inklusion.
Frau Strukmeier unterstützt Frau Barth in ihren Ausführungen, möchte aber wissen, wie zukünftig die Kompetenz von Förderschulen genutzt werden soll. Frau Barth antwortet, die genaueren örtlichen Gegebenheiten nicht zu kennen. In der Regel sind die Lehrer einer Regelschule mit Sonderpädagogen einer Förderschule aber sehr gut vernetzt, um die Kompetenz der Förderschule zu nutzen.Frau Pizzato führt aus, dass die Kinder an einer Förderschule auf jeden Fall eine 100% Förderung erhalten würden, an einer Regelschule aber nicht. Frau Barth erwidert erneut, dass auch die Regelschulen jetzt schon den Auftrag einer individuellen Förderung haben.

Herr Haselhoff lehnt die vorgestellte Durchführung des Inklusionsgedanken als nicht durchdacht ab. Er fordert Frau Barth auf, seine Kritik an übergeordnete Stellen weiterzuleiten. Gleichzeitig gibt er zu bedenken, dass alle Schüler ein Anrecht auf einen angemessenen Unterricht zum Erreichen der vorgeschriebenen Ziele nach den Lehrplänen haben. Er stellt die Frage, was passieren soll, wenn verhaltensauffällige Schüler permanent den Unterricht stören. Frau Barth kann dazu keine Antwort geben, hält aber die Kritik von Herrn Haselhoff für nachvollziehbar. Sie weist zusätzlich auf die angedachte Arbeit der Unterstützungszentren hin, deren Arbeit sich über die Zeit entwickeln werde.
Herr Barg fragt nach zusätzlich anfallenden Kosten, wenn bei Schließung der Armin-Maiwald-Förderschule in Radevormwald betroffene Kinder in die Förderschulen der angrenzenden Kommunen, im schlimmsten Fall bis nach Gummersbach, gefahren werden müssen. Hierzu ist zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage möglich.
Frau Strukmeier fragt nach dem Einsatz von notwendigen Integrationshelfern und den angedachten Anstellungsmöglichkeiten. Frau Butz führt aus, dass es sich bei einem Integrationshelfer nicht um ein Pauschalangebot handeln kann, sondern es immer eine Einzelfallentscheidung geben muss, die nach einem entsprechenden, vom Kind gestellten, Antrag zu treffen ist. In der Regel ist zudem zu prüfen, ob der Sozialleistungsträger oder Jugendhilfeträger die Kosten zu tragen hat.
Herr Wolff merkt an, dass er als Lehrer der Sekundarschule I nicht in der Sekundarstufe II unterrichten darf, da hier eine andere Ausbildung notwendig ist. Genauso verhält es sich mit dem Unterricht an Förderschulen, in denen ja Lehrer mit der Ausbildung zum Sonderpädagogen tätig sind. Er versteht nicht, dass mit Einführung von Inklusion auf einmal alle LehrerInnen Kinder mit besonderem Förderbedarf unterrichten bzw. fördern dürfen. Frau Barth verweist darauf, dass sich das Arbeitsumfeld von Pädagogen in allen Schulformen über die Jahrzehnte massiv geändert hat und dass sich LehrerInnen, natürlich mit Unterstützung, auf diese Veränderungen einlassen und einstellen müssen.
Herr Dr. Korsten weist noch mal auf die festgelegten Mindestschülerzahlen hin, die für eine Fortführung einer Förderschule notwendig sind und führt aus, dass ein Erreichen dieser Mindestzahlen nicht nur in Radevormwald, sondern auch in den anderen Kommunen des Nordkreises unmöglich sind. Er fragt deshalb nach, ob ein Zusammenschluss mehrerer Förderschulen des Nordkreises zur Erreichung der vorgeschriebenen Mindestschülerzahl möglich ist, um dann an den vorhandenen Schulstandorten entsprechende Außenstellen zu schaffen und so eine Beschulung an Förderschulen vor Ort möglich zu machen. Frau Barth teilt die beschriebene Problemlage des Nordkreises und rät zu einer juristischen Klärung. Sie empfiehlt, sich mit den betroffenen Nachbarstädten abzustimmen und dann das Gespräch mit der Bezirksregierung zu suchen.

3. Sekundarschule - Bericht der Verwaltung über den aktuellen Sachstand und den Arbeitskreis **IV/0337/2013**

Herr Dr. Korsten berichtet über die bisherige Arbeit des Arbeitskreises. Er führt aus, dass nach einer Organisationsabstimmung bisher zwei Termine stattgefunden haben. In diesen Terminen wurde zum einen der Zeitplan festgelegt, in dem die Tagungen der Schulkonferenzen, Informationstage der Grundschulen und letztendlich die Einreichung des pädagogischen Konzeptes bei der Bezirksregierung Köln besprochen wurden. Zum anderen wurden Inhalte des pädagogischen Konzeptes wie Zügigkeit, Standort, gymnasialer Standard und Abschlüsse der Sekundarstufe I, Ganztag, Personal und Organisationsform (integrativ, teilintegrativ oder kooperierend) besprochen. Des Weiteren waren die notwendigen Kooperationsvereinbarung mit dem Theodor-Heuss-Gymnasium und die Aufklärungsarbeit bei den Eltern ein Thema. Herr Dr. Korsten berichtet, dass es für die externe Fachbegleitung bei der Erstellung des pädagogischen Konzeptes insgesamt vier Interessenten gegeben hat, von denen sich

zwei Unternehmen vorgestellt haben. In einer absolut einvernehmlichen Entscheidung ist das Unternehmen Dr. Garbe und Lexis beauftragt worden. Dieses verfügt mit der verantwortlichen Mitarbeiterin Frau Marter-Dumsch über großes Wissen, da diese bereits sieben Schulen bei der Einrichtung zur Sekundarschule begleitet hat. Das Unternehmen hat eine Zusage gegeben, bis zum Sommer ein entsprechendes Konzept erarbeitet zu haben.
Frau Verhees fragt nach den notwendigen und erwähnten Elternbefragungen. Herr Dr. Korsten verweist nochmals auf seine Ausführungen hinsichtlich des Zeitplanes und sichert eine Information der Eltern sowie die anschließende Elternbefragung nach den Sommerferien zu.

4. Medienentwicklungsplan - Antrag der AL-Fraktion vom 27.01.2013, sowie Bericht der Verwaltung — AN/0124/2013

Frau Butz erläutert ausführlich die Vorlage der Verwaltung. Sie führt aus, dass die noch ausstehenden Anschaffungen aus dem Medienentwicklungsplan noch nicht getätigt worden sind, da zum einen sich keine Interessenten auf die Ausschreibung gemeldet haben und zum anderen die zuständige Sachbearbeiterstelle einen gewissen Zeitraum vakant war. Sie sichert zu, dass die Ausstände umgehend abgearbeitet werden.
Frau Bartholomäus fragt nach, ob Radevormwalder Unternehmen auf die Ausschreibung aufmerksam gemacht worden sind. Herr Grossmann bejaht dies.
Frau Strukmeier führt aus, dass die Einstellung des Medienentwicklungsplanes in den Haushalt nur schwer nachvollziehbar ist. Frau Butz antwortet, dass mit dem neuen Haushalt dahingehend eine Verbesserung eingetreten ist, da der Medienentwicklungsplan nur noch in einer Haushaltsstelle ausgewiesen wird und nicht mehr in mehreren.

5. Mitteilungen und Fragen

Von Seiten des Ausschusses und der Verwaltung gibt es keine Mitteilungen und Fragen.

Ingrid Bartholomäus
Vorsitzender

Sönke Eichner
Schriftführer